

1 **Leitantrag der Jungen Union Sachsen-Anhalt**

2 **- das Gesundheitswesen der Zukunft -**

3
4 In Zeiten schneller technologischer Entwicklung und rasantem Wachstum in den Großstädten
5 dürfen wir ein Thema nicht vergessen: unsere Gesundheit. Die Strukturen in unserem
6 Gesundheitswesen werden in den nächsten zehn Jahren mehr Veränderungen erfahren als in
7 den 100 Jahren zuvor. Wir stehen vor enormen Herausforderungen im Gesundheits- und
8 Pflegesystem. Die Bevölkerung wird immer älter. Während der Bedarf an Ärzten steigt,
9 schwindet die Zahl der tätigen Ärzte in Sachsen-Anhalt. Einzelne Regionen unseres Landes
10 fühlen sich bereits abgehängt. Hinzu kommt, dass die Digitalisierung die bestehenden Systeme
11 mit großen Schritten in vielen Bereichen grundlegend verändert. Das Gesundheitswesen
12 befindet sich mehr denn je im Wandel und in der Weiterentwicklung. Gerade jetzt hat es
13 deshalb oberste Priorität, die Weichen für einen qualitativ hohen Standard im Gesundheits-
14 und Pflegesystem zu stellen und unser Gesundheitswesen zukunftsfähig zu machen. Zur
15 Sicherung der Zukunftsfähigkeit der ärztlichen Versorgung im Land fordert die JU Sachsen-
16 Anhalt daher einen deutlichen Ausbau der Medizinstudienplätze an den beiden Universitäten
17 im Land. In diesem Zuge sind auch die Dozentenstellen zu erhöhen und ein zügiger Abbau des
18 Investitionsbedarfes einzuleiten. Nur durch die Ausbildung von mehr Medizinern kann dem
19 Ärztemangel wirksam begegnet werden. Eine Landarztkurve kann dabei eine Rolle spielen,
20 sollte aber nicht die einzige Maßnahme sein. Das Land und die Kommunen sollen in
21 Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung und anderen Verbänden Konzepte
22 entwickeln, wie man die Zahl der niedergelassenen Ärzte halten und erhöhen kann.

23

24 **1. Digitalisierung und Gesundheit**

25 **a. Nutzung von Telemedizin und Künstlicher Intelligenz in der Medizin**

26 Zentrale Priorität sollte immer die Gewährleistung der medizinischen Grundversorgung sein.
27 Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir generelle Veränderungen zulassen. Digitalisierung
28 und Gesundheit existieren nicht nebeneinander, sondern müssen miteinander harmonieren.
29 Dafür ist der flächendeckende Netzausbau zwingend erforderlich. Er ist Voraussetzung für den
30 Einsatz lebensrettender Künstlicher Intelligenz (KI) und die Ermöglichung flächendeckender
31 Telemedizin.

32 Bei der Nutzung von KI in der Medizin steht das Allgemeinwohl im Fokus. Schon heute kann
33 mit Unterstützung von KI verlässlich diagnostiziert werden. Um die Nutzung zu stärken, ist es

34 für die CDU zwingend notwendig, aktuelle Datenschutzbestrebungen zu überdenken. Um
35 verstärkt verlässliche Prognosen stellen zu können, bedarf es der Bereitstellung ausreichend
36 anonymisierter Patientendaten und Krankheitsverläufe. Dies ist unter den bestehenden
37 Datenschutzbestimmungen jedoch nicht möglich. **Die Junge Union Sachsen-Anhalt fordert**
38 **daher die CDU auf, die bestehenden Regelungen zum Datenschutz im Rahmen der**
39 **Telemedizin anzupassen.** Nur so können weitere wichtige Erkenntnisse zur Diagnose und
40 Behandlung von Krankheiten erfasst werden.

41 **b. Nutzung der elektronischen Patientenakte in der Medizin**

42 Ein weiterer notwendiger Schritt ist die schnellere Einführung der elektronischen
43 Patientenakte (ePA). Diese ermöglicht die Speicherung von medizinischen Befunden,
44 Diagnosen, Therapiemaßnahmen, Behandlungsberichten und Impfungen. Die Erstellung einer
45 ePA beruht dabei auf Freiwilligkeit des Patienten und bedarf dessen Zustimmung. Die
46 Möglichkeit der Erstellung soll jedoch erst ab Anfang 2021 bestehen. Dieser Prozess muss
47 zwingend beschleunigt werden.

48 Eine einfachere Übermittlung von Informationen erleichtert die Zusammenarbeit zwischen
49 den Ärzten und eröffnet ihnen die Möglichkeit, möglichst schnell und dabei fehlerfrei den
50 Grund der Erkrankungen festzustellen und heilende Maßnahmen einzuleiten. In einer
51 Notfallsituation erteilt die ePA unmittelbar dem behandelnden Arzt Auskunft darüber, welche
52 Vorerkrankungen der Patient hat und welche Medikamente er einnimmt.

53 Darüber hinaus würde sie im Falle der Erkrankung eines Arbeitnehmers zu dessen Entlastung
54 beitragen. Momentan kann ein erkrankter Arbeitnehmer seine Krankmeldung lediglich per
55 Post an den Arbeitgeber weiterleiten oder ihm diese persönlich übermitteln. Die ePA macht
56 hingegen das elektronische Versenden der Krankmeldung möglich, indem elektronische
57 Rezepte und Krankenscheine in die Akte eingespeist werden können.

58 Zusätzlich dazu können in der ePA notwendige Angaben in Bezug auf die Organspende
59 dokumentiert werden. **Die Junge Union Sachsen-Anhalt unterstützt dabei die Forderung des**
60 **Gesundheitsministers Jens Spahn nach einer doppelten Widerspruchslösung.** Dabei sollen
61 die Bürger nicht zum Spenden gezwungen werden, sondern sich lediglich aktiv mit der
62 Entscheidung auseinandersetzen müssen. Eine konsequenzlose Ablehnung der Organspende
63 bleibt dabei für jeden Bürger jederzeit möglich.

64 Die aufgezeigten Punkte machen deutlich, dass es einer umgehenden Beschleunigung des
65 Verfahrens bedarf. **Die Junge Union Sachsen-Anhalt fordert deshalb die schnelle Einführung**

66 **der elektronischen Patientenakte und zeitgleiche umfassende Aufklärung der Patienten**
67 **über die ePA.** Nur so wird auch die Zustimmung und Nutzungsbereitschaft der breiten Masse
68 der Bevölkerung erreicht.

69

70 **3. Masernimpfquoten durch Impfpflicht erhöhen**

71 Im Nationalen Impfplan Deutschlands, der 2012 von den Bundesländern publiziert wurde,
72 wurde das Ziel der Elimination der Masern noch einmal bestätigt und hervorgehoben. 2018
73 bestanden 543 gemeldete Fälle von Masernerkrankung in Deutschland, 2017 sogar 929.¹
74 Mithilfe von Impfungen sind wir mittlerweile in der Lage, diese Krankheit zu bekämpfen. **Die**
75 **Junge Union Sachsen-Anhalt begrüßt daher die Einführung einer gesetzlichen Masern-**
76 **Impfpflicht für bestimmte Personengruppen.** Diese soll ab März 2020 gelten. Sie schreibt vor,
77 dass künftig Kinder und Mitarbeiter in Kitas und Schulen, Personal in medizinischen
78 Einrichtungen und auch Menschen in sogenannten Gemeinschaftseinrichtungen geimpft sein
79 müssen. Darunter fallen Asylbewerberheime, Flüchtlingsunterkünfte und auch Ferienlager.
80 Durch die Impfpflicht würden nicht nur die geimpften Kinder und Erwachsenen geschützt,
81 sondern auch Menschen in unserer Gesellschaft, denen es gesundheitlich nicht möglich ist,
82 sich impfen zu lassen.

83 Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, eine Impfrate von 75% bei den Risikogruppen
84 für den Grippeschutz zu erreichen. Dieses Ziel wird momentan deutlich unterschritten. Im Jahr
85 2016/2017 waren es nur 35%. Viele Betriebe bieten bereits im Rahmen ihres
86 betriebsärztlichen Dienstes Impfungen für ihre Mitarbeiter an. **Um diese einfache**
87 **Impfmöglichkeit stärker zu verbreiten und damit eine höhere Impfquote zu erreichen,**
88 **fordern wir zentrale und mobile Anlaufstellen außerhalb der Arztpraxen.** So könnten zum
89 Beispiel in den Rathäusern der Kommunen oder anderen öffentlichen Einrichtungen
90 bestimmte Impftage bestehen, an welchen Ärzte und Pflegepersonal die Impfungen
91 durchführen.

92

93 **4. Ökonomisierung der Kliniken deckeln**

94 **Wir fordern, dass mehr Geldmittel im Haushalt des Landes eingeplant werden**, da der Bedarf
95 an Einzel- und Pauschalförderungen auch in Zukunft enorm hoch sein wird.

¹ Vgl. Epidemiologische Situation der Masern des Robert-Koch-Instituts.

96 Um die Zukunft der allgemeinen, schnellen medizinischen Versorgung zu gewährleisten, muss
97 **der flächendeckende Erhalt von Notfallstrukturstandorten**, unabhängig von
98 Behandlungszahlen, sichergestellt werden.

99

100 **5. Angebote der Pflege stärken**

101 Die durchschnittliche Lebenserwartung ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen.
102 Gründe hierfür sind eine bessere medizinische Versorgung und eine gesündere Lebensweise.
103 Dadurch haben die Altersheime einen großen Zulauf erfahren. In diesen herrscht jedoch meist
104 ein akuter Pflegenotstand, sodass schon jetzt vielen Bewohnern nicht die optimale Betreuung
105 gewährleistet werden kann. Durch den Ausbau des ambulanten Pflegedienstes könnte diesem
106 Missstand entgegengewirkt werden, indem es dadurch zu einer Entlastung stationärer Kräfte
107 kommt. Älteren Menschen wäre so die Möglichkeit gegeben, auf den ambulanten
108 Pflegedienst zurückzugreifen und so zu Hause wohnen zu bleiben, ohne auf Unterstützung
109 und Pflegedienstleistungen verzichten zu müssen. **Die Junge Union Sachsen-Anhalt fordert**
110 **deshalb den Ausbau des ambulanten Pflegedienstes.**

111 **Die Junge Union Sachsen-Anhalt fordert zudem die verstärkte Vornahme von Investitionen**
112 **in Möglichkeiten des Betreuten Wohnens für ältere Menschen.** Das betreute Wohnen und
113 das Leben in Senioren-WGs stellt eine gute Alternative zum Pflegeheim dar. Die Einrichtungen
114 sind alters- und behindertengerecht ausgestattet und bieten ein umfangreiches Programm an
115 Betreuungs- und Pflegeleistungen. Gerade im ländlichen Raum muss diese Art des Wohnens
116 und der Pflege ausgebaut werden.